

## Direktkandidaten – Vorstellung

Name: Günther Brendle-Behnisch

Verheiratet, drei längst erwachsene Kinder, zwei Enkelkinder.

Wohnort: Heilsbronn

Alter: 60 Jahre

Beruf: Betriebswirt (Dipl.-Kfm. UNIV), Pfarrer, Lehrer i.R.

### Portrait:

Nach Schulabschluss (Abitur) und Zivildienst als Sanitäter Betriebswirtschaftsstudium in meiner Heimatstadt Würzburg an der Julius-Maximilians Universität mit Abschluss als Diplom-Kaufmann im WS 1981/82 und Eintritt in den elterlichen Betrieb, den ich zusammen mit meinem Vater und einer Prokuristin leitete. Zum Sommersemester 1983 Aufnahme des Theologiestudiums und Austritt aus der Geschäftsleitung unseres Betriebs. Studium in Erlangen und Neuendettelsau. Abschluss mit dem 1. Kirchlichen Examen im WS 1986/87, Vikariat in Windsbach und 2. Kirchliches Examen, Pfarrstelle in Heilsbronn-Weißenbronn und Dekanatsjugendpfarrer d. Dekanatsbezirks Windsbach von 1990 bis 1996. Seit 1996 im vollzeitlichen Schuldienst an Gymnasien und Realschulen in Wunsiedel, Tirschenreuth, Ansbach, Heilsbronn, Windsbach und Roth/Mfr. bis zur Ruhestandsversetzung im März 2016. 2012 war ich beruflich über Mission EineWelt (evangelisches Missionswerk Bayern) in Kenia als Christian Education Director (Ausbildung und Fortbildung in der Kenianischen evangelisch-lutherischen Kirche). Im Rahmen meiner bisherigen beruflichen Tätigkeiten organisiere und veranstalte ich Jugendreisen, insbesondere ein erlebnispädagogisches Segelprojekt auf dem Großsegler „Thor Heyerdahl“, bei dem auch jugendliche Straffällige mitfahren, um ihr Lebensschiff wieder auf Kurs zu bringen. Ein großes Vorhaben für meinen Ruhestand ist eine Doktorarbeit zum interreligiösen Dialog Judentum, Christentum und Islam.

Mit politischen Dingen befasse ich mich bereits seit vielen Jahren. Seit etwa 2007 habe ich ein eigenes politisches Programm für mich geschrieben – zunächst zur Selbstvergewisserung – das ich von Zeit zu Zeit aktualisiere; verfolge die Richtigkeit meiner Prognosen und Empfehlungen. Meine Hauptgebiete sind zunächst Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, durch meine schulische Tätigkeit immer mehr auch Bildungspolitik, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. 2014 bin ich dabei dann auf die Freihandelsabkommen CETA und TTIP –im weiteren Verlauf auch TiSA gestoßen und habe mich dagegen engagiert; seit der Gründung unseres Bündnisses Stop TTIP, CETA, TiSA & Co. Ansbach Stadt und Land im Februar 2015 auch offiziell im Orga-Team des Bündnisses, organisiere Veranstaltungen im Team mit. Ich bin aktives Mitglied bei Greenpeace, attac, fördere foodwatch, Avaaz und stehe im Kontakt mit den verschiedenen Initiativen und Organisationen gegen die neuen Freihandelsabkommen und für den Umweltschutz.

In meiner Freizeit betreibe ich verschiedene Sportarten, Schwimmen, Segeln, Skifahren, Tauchen, TaeKwonDo, mache Musik gemeinsam mit meinen Söhnen in unserer Rock-Band, schreinere und zimmere gerne

Außer den oben genannten Organisationen und der Mitarbeit in den verschiedenen kirchlichen Kreisen bin ich noch Skilehrer im Deutschen Skilehrerverband, Stammmitglied beim Verein Segelschiff Thor Heyerdahl, Mitglied beim DAV.

## Vorbilder

Als Vorbild eines Politikers sehe ich den Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Ansbach, Josef Göppel (CSU) an, weil er zum Einen im ständigen Gespräch mit den Bürgern steht, zum Anderen sich nur den Bürgern und dem Gemeinwohl und seinem eigenen Gewissen verpflichtet weiß und sich ggf. auch über Fraktionszwang und interne Vorgaben seiner Partei hinwegsetzt, seine Entscheidungen bereits im Vorfeld mitteilt und damit große Transparenz praktiziert und zu einem echten Demokratieverständnis beiträgt.

Als allgemeines Vorbild sehe ich Papst Franziskus an, der kompromisslos den von ihm angekündigten Weg geht und die ursprüngliche christliche Botschaft von einer fröhlichen Dienerschaft für die Menschen und die Schöpfung – ganz im Sinne eines Dr. Martin Luther – lebt und verkündigt.

Was mich in letzter Zeit besonders gefreut hat, ist, dass die EU-Kommission und der Europäische Rat die Fortsetzung der Zulassung von Glyphosat nicht durchgebracht hat und so langsam zur Kenntnis nehmen muss, dass der Bürgerwille nicht unendlich ignoriert und den Interessen von Großkonzernen geopfert werden kann. Vergleichbares gilt auch für die Erfolge der Anti-TTIP-Bewegungen.

Geprägt hat mich die Friedensbewegung und der Nachrüstungsbeschluss von 1982, ferner die mit Willy Brandts Kniefall eingeleitete Wende in der deutschen Ostpolitik.

## Warum bewerbe ich mich?

Ich bewerbe mich als Direktkandidat, weil ich die in den letzten Jahrzehnten immer mehr eingeschliffene Politiker-Unkultur satt habe, sich mit allerhand Wahlversprechen wählen zu lassen und dann dafür vier Jahre lang doch wieder zu tun und zu lassen, was sie selbst für richtig halten oder was ihnen ihre Partei vorschreibt, zu tun und zu entscheiden – ohne Rücksicht auf den durchaus erkennbaren Wählerwillen (vgl. die Aussage des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker: „Die Politiker haben sich den Staat zur Beute gemacht“). Diese Unkultur kommt mir gerade in der gegenwärtigen Legislaturperiode als besonders rücksichtslos und arrogant vor, wenn EP-Präsident Martin Schulz und Eurogruppenchef Jean Asselborn nach dem niederländischen Volksentscheid über das „Freihandelsabkommen mit der Ukraine (das eigentlich ja noch gar keines ist) unisono davor warnen, das Volk bzw. die Völker noch einmal zu befragen oder mitentscheiden zu lassen. Das ist zutiefst antidemokratisch! Dagegen möchte ich als Direktkandidat die von Marianne Grimmerstein (Hauptklägerin gegen CETA vor Bundesverfassungsgericht) vorgeschlagene Form direkter Demokratie setzen, dass ich als Direktkandidat auch während der laufenden Legislaturperiode und auch zu den einzelnen verhandelten Themen dem Volk, u.d.h. praktisch den Wählern in meinem Wahlkreis verantwortlich und rechenschaftspflichtig bin, indem ich die Themen zurücktrage in meinen Wahlkreis und in der Diskussion mit den Wählern – worin alle Wähler mit eingeschlossen sind, auch die, die mich nicht gewählt haben – gemeinsam eine Lösung bzw. Entscheidung erarbeiten, die ich dann als Mandat wieder in den Bundestag hineintrage. Dieses Prinzip halte ich für eine echte und realisierbare Form der Bürgerbeteiligung und echtes demokratisches Handeln und nur eine solche demokratische politische Kultur für einen modernen demokratischen Rechtsstaat für würdig. Das gilt insbesondere angesichts der enormen Möglichkeiten an Bürgerbeteiligung durch die neuen sozialen Medien. Auch die gehören in Bürgerhand und nicht in die Finger geschäftstüchtiger Großkonzerne.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Bürgerbeteiligung über die Einführung eines Volksentscheids bzw. eines Bürgerentscheids in entsprechenden in die Belange der Bürger eingreifenden Maßnahmen auf sämtlichen Ebenen – lokal, regional, bundes- und europaweit, damit Bürger von Anfang an in die Planungen und Realisierungen einbezogen werden müssen.

## Meine Qualifikationen

Für meine Arbeit als Direktkandidat bringe ich meine verschiedenen beruflichen Qualifikationen und damit eine besonders breite Aufstellung an Themengebieten, in denen ich kompetent bin, mit: Diplom-Betriebswirt mit Berufserfahrung, die ich persönlich in Richtung Volkswirtschaft erweitert habe, was mich für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ausweist.

Als Theologe für die theologischen und philosophischen Denkhintergründe für unser gemeinsames Welt- und Wertebild – durch persönliche Forschungen auch und gerade über den religiösen, d.h. christlichen Tellerrand hinaus – was mich für die politische Entwicklung eines modernen Wertesystems mit festen traditionellen Wurzeln auch aus verschiedenen Kultur- und religiösen Kreisen qualifiziert.

Daraus abgeleitet dann die Weiterentwicklung eines reformierten Sozialsystems mit der sozialen Teilhabe des ganzen Volks am Wohlstand unseres Landes und damit in einer Wiederherstellung unserer von der Grundidee (Ludwig Erhard) her idealen Form einer sozialen Marktwirtschaft – in scharfer Gegnerschaft zur sogenannten und selbsternannten „Neuen sozialen Marktwirtschaft“, hinter der sich Wirtschaftsliberalismus übelster Form verbirgt – ein Schwindeletikett sonder Gleichen! (der Name selbst ist eine krasse Lüge!).

Als Lehrer in verschiedenen Schularten und der Mitarbeit in pädagogischen Initiativen und Kreisen, langjähriger erlebnispädagogischer Arbeit – darunter auch der Arbeit mit straffälligen Jugendlichen und Strafgefangenen – und nicht zuletzt als Familienvater und Opa, was mich für die Bereiche Bildung, Jugend und Erziehung sowie Soziales qualifiziert.

Als ehemaliger Unternehmer kenne ich auch die Situation von v.a. mittelständischen Unternehmern und Unternehmen und weiß, dass ich hier – weil unsere Wirtschaft zum allergrößten Teil mittelständisch organisiert und strukturiert ist – ein besonderes Augenmerk darauf haben will, um dieser unserer Wirtschaftsform endlich wieder den Stellenwert zu verschaffen, der ihr gebührt. Durch frühere und neuere Tätigkeiten in praktischen Berufen – LKW-Fahrer, Staplerfahrer, Fließbandarbeiter, handwerkliche (insbesondere Holz) und landwirtschaftliche Arbeiten – ist mir auch die Lebenswelt von einfachen Arbeitern und Facharbeitern sowie die Landwirtschaft nicht fremd, so dass ich denke, dass ich mich auch darin einfühlen und einbringen kann. Insbesondere in der Landwirtschaft habe ich durch gute Vernetzung mit Fachleuten in den verschiedenen Bereichen (v.a. Milchwirtschaft, Saatgut) auch die Möglichkeit, auf eine exzellente Expertise zurückzugreifen. Durch etliche berufliche und private – für private Forschungen – Auslandsaufenthalte in afrikanischen, arabischen bzw. islamischen und südostasiatischen Ländern, verbunden mit meiner politischen Arbeit sind mir auch internationale Zusammenhänge durchaus vertraut, so dass ich mir auch in diesem Bereich –Außen- und Entwicklungspolitik – einiges an Kompetenz zugutehalte. Durch mein politisches Programm und die in jüngerer Zeit sehr intensive politische Arbeit im Kampf gegen die Freihandelsabkommen sehe ich mich auch für die Arbeit als Direktkandidat – und das hieße im Falle einer Nominierung und Wahl – bzw. Bundestagsabgeordneter sehr gut aufgestellt und kompetent, eine solche gut qualifizierte Arbeit im Sinne der Bürger – immerhin dem Souverän des Staates – und in Verantwortung vor ihnen zu leisten.

## Vordringliche Ziele

Als vordringlichstes Ziel – wenn das bis zur Bundestagswahl nicht wirklich erledigt ist, was ich auch nicht glaube – sehe ich die **Verhinderung dieser Form von „Freihandelsabkommen“** an, weil sie das Wichtigste politische Gut, das wir haben, nämlich unsere Demokratie und deren Prinzipien angreifen und damit alle unsere politischen Anstrengungen letztlich zunichtemachen würden – auch das, wofür ich antrete, nämlich die direkte Bürgerbeteiligung. Wenn es nämlich für uns nichts mehr zu

entscheiden gibt, brauche ich auch gar nicht erst zu kandidieren.<sup>2</sup>

**Klimaschutzziele, Energiewende, EEG:** Sofortige Zurücknahme der für eine beschleunigte Energiewende schädlichen Gesetze und Verordnungen, wie Abstandsregelung bei Windrädern; klare Priorisierung der Klimaschutzziele, auch unter Begrüßung einer möglichen Übererfüllung sowohl der Klimaschutzziele als auch der Energiewendeziele, wobei irgendwelchen Ängsten von irgendwelchen Behörden (z.B: Bundesnetzagentur wegen fehlender Netzkapazität für die kleinen dezentralen Einspeiser in Bayern bzw. Süddeutschland) durch den klaren Auftrag zu entsprechend schneller Kapazitätserweiterung – unter Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel – entgegengewirkt werden muss. Nicht einbegriffen in diese Maßnahmen wäre der Bau von sog. Monstertrassen; hier muss noch einmal kritisch überdacht werden, inwieweit diese – auch in Teilen – für die Versorgung bei dezentralisierter und regionaler Energieerzeugung wirklich notwendig sind und was daran lediglich dem freien Handel mit Energie dient. Im Gegenzug stoppen der Subventionierung technisch – auch energiewendetechnisch – überholter und schädlicher Energiegewinnungstechniken – Öl-, Kohle-, Kernkraftwerke – und Anwendung des Verursacherprinzips für die Entsorgung der – insbesondere radioaktiver – Abfälle, aber auch Rückbau und Renaturierung bzw. -kultivierung der dadurch geschädigten Flächen. Damit auch eine ehrliche Bilanz der tatsächlichen Kosten der verschiedenen Energiegewinnungsformen. Die Energiewende hat es verdient, dass sie in der gleichen Weise gefördert wird, wie das beim Aufbau der Kernenergie und anderer Formen der Energiegewinnung geschehen ist und geschieht, u.d.h. keine Umlage auf Stromkunden für alternative Energieformen, während andere Formen vom Steuerzahler subventioniert wurden und werden. Damit Schaffung eines transparenten Gesamtwerks der tatsächlichen Energiekosten. Förderung der dezentralen, privaten und öffentlichen alternativen Energiegewinnung; Begreifen der Energieversorgung als nationale Aufgabe, die wieder von öffentlicher Hand gesteuert werden sollte. Privatwirtschaft ist dazu gerne eingeladen sich zu diesen Konditionen zu beteiligen – allerdings eben ohne Sonderrechte. In diesem Zusammenhang auch Überdenken einzelner Teile der Energiecharta, insbesondere Abschaffung der Sonderrechte ausländischer Unternehmen zum Investitionsschutz (keine Sonderklagerechte vor Schiedsgerichten) und damit gleiches Recht für alle = nationales Recht und Gerichtsbarkeit (auch, wenn's mal wieder etwas länger dauert). Wiedereinführung der Förderung von energiesparenden, energieerhaltenden bzw. –generierenden Maßnahmen der Industrie. Forcierung des Ausbaus von Speicherkapazitäten – unter Einbezug der Forschung und Entwicklung diverser Energiespeicherformen (insbesondere der Vergasung von alternativem Strom zum Transport über das nationale Gasnetz) – sowie Gas-Kraftwerken, wobei im Zweifel dezentralen Biogasanlagen der Vorzug zu geben wäre – zur Netzstabilisierung bei Schwankungen bei Sonnen- und Windkraftanlagen.

Entschiedene Förderung der e-Mobilität und anderer regenerativer Fortbewegungsmöglichkeiten.

Förderung des öffentlichen Personen- und Warentransports, insbesondere ÖPNV.

Weitere vordringliche Projekte sind für mich in der **Landwirtschaft:** eine nachhaltige, d.h. für

---

<sup>2</sup> Es genügt allerdings nicht, TTIP und CETA zu kippen; viel gefährlicher ist das besonders geheime Abkommen TiSA, aus deren Verhandlungen wir sofort aussteigen müssen, weil sie einen breiten Frontalangriff auf die allgemeine Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung darstellt. Des Weiteren müssen wir künftig dafür sorgen, dass die vielen Staaten – darunter etliche Entwicklungsländer – mit denen wir, d.h. Deutschland und die EU Freihandelsabkommen der neuen Generation – allen voran die EPA's – geschlossen haben, diese so schnell und so schadlos wie möglich aufkündigen können, denn was wir als Angriff auf unsere Demokratie und Freiheit brandmarken, dürfen wir anderen nicht zumuten.

bäuerliche Landwirtschaftsbetriebe (Familienbetriebe) Milchwirtschaftspolitik – sinnvolle Begrenzung der Milchproduktion für einen stabilen kostendeckenden Erzeugerpreis bei möglichst ortsnahe Abnahme, Verarbeitung und Verbrauch (Regionalisierung). Auf dem Sektor Saatgut eine Rücknahme der derzeitigen Gesetzeslage, die lediglich die (Gentechnik-)Saatgutkonzerne und ihre Rechte (Patente) bedient und unterstützt, hin zu dem jahrhundertlang gültigen Recht der Nachzucht aus eigener bäuerlichen Ernte; die Hinterfragung und ggf. auch Abschaffung des Rechts auf Patente auf Leben, d.h. auch Saatgut (wer das entwickeln will, kann das ja trotzdem machen, aber er trägt dann auch die alleinige Verantwortung für die Vermarktung und das Risiko der Verunreinigung natürlicher Sorten). In diesem Zusammenhang – falls das bis zur Bundestagswahl nicht bereits geschehen ist – auch das Verbot von Glyphosat, verschiedener bienengefährlicher Mittel und bei allem die strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips. Darin explizit eingeschlossen das Verbot gentechnisch veränderter Organismen auf unseren Feldern nebst Anstrengungen, die bisher bereits geschehenen Verunreinigungen durch gentechnisch verändertes Saatgut zu beseitigen – wenn möglich unter Haftung nach dem Verursacherprinzip.

**Rentenreform:** Es ist bedrückend – auch, wenn es die gegenwärtige junge Generation derzeit nur erahnen kann – dass sie in eine Altersversorgung einzahlen müssen und davon ausgehen müssen am Ende nichts mehr davon für ihre eigene Altersversorgung heraus zu bekommen. Hier besteht absoluter und dringender Handlungsbedarf. Eine echte und umfassende Rentenreform, die von zwei Solidaritätsprinzipien getragen wird – dem Generationenvertrag nach dem die eine Generation für die vorausgehende aufkommt und sie versorgt; und dem Solidarprinzip der Hilfe des Stärkeren für den Schwächeren, bei dem alle Bürger in eine Rentenkasse einzahlen. Vorgeschlagen wird ein Drei-Säulenprinzip: 1. Eine staatliche/gesetzliche Rentenkasse (Rentenfonds), in die alle Bürger mit Einkommen (sowohl Arbeits- als auch Kapitaleinkünfte mit einer unteren Freigrenze für kleinere Kapitaleinkünfte (z.B. Sparguth etc.)) einzahlen und aus der auch alle bei Renteneintritt eine entsprechende Rente beziehen (evtl. Kappungsgrenzen bei sehr großen Einkommen). 2. Eine betrieblich finanzierte Rente, die die gesetzliche Altersversorgung unterstützt und: 3. Eine private – staatlich geförderte und garantierte – Altersvorsorge, die jedem Bürger die Möglichkeit der weiteren Aufstockung seiner Rentenbezüge – d.h. keine Verrechnung mit anderen Einkünften – erlaubt. Wichtig ist, dass durch die Einzahlungspflicht jeden Bürgers auch die Rentenkasse/der Rentenfonds gut genug gefüllt ist, dass sie auch Bürgern, die in der zweiten und dritten Säule kaum oder keine Gelegenheit zum Ansparen haben, trotzdem ein menschenwürdiges Auskommen oberhalb der Armutsgrenze zukommt (Rentengarantie, notfalls auch über Steuern mitfinanziert). Eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit, d.h. die Entscheidung zum Ruhestand in der Hand des Arbeitnehmers ist gut und sinnvoll, darf aber nicht zu einer versteckten Rentenbeitragserhöhung oder Bestrafung von Arbeitnehmern, die früher in Rente gehen, führen (Begrenzung der Abzüge auf ein standarderhaltendes Maß). Eine reine Erhöhung der Lebensarbeitszeit oder Absenkung des Rentenniveaus zur Rentenfinanzierung darf nicht stattfinden.

**Bildungspolitik:** Die Rückkehr zu einem reformierten G9 und Wiedereinführung der Kollegstufe unter Beibehaltung des in Deutschland bewährten dreigliedrigen Schulsystems bei einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten. Hochschulpolitisch die Rückkehr zum bewährten Diplomstudium (Abschied vom Bachelor-/Mastersystem), d.h. insgesamt die Abkehr vom Bolognaprozess als einem Irrweg und die Beibehaltung der kultusministeriellen Länderhoheit und dem föderalen System der einzelnen Bundesländer unter Inkaufnahme etwaiger tatsächlicher oder vorgegeblicher Unterschiede, allerdings unter gegenseitiger Anerkennung der jeweiligen Levels.

**Große Steuerreform:** Um all die Vorhaben zu realisieren, braucht der Staat Geld – Geld, das er umverteilt von oben nach unten. Das bedeutet die Wiedereinführung höherer Prozentsätze bei der Einkommenssteuer und ein differenziertes System bei der Kapitalertragssteuer (Abschaffung der

Abgeltungssteuer) und entsprechende Freibeträge zur Vermögensbildung bei kleineren Einkommen einerseits, dagegen höhere Sätze bei großen und sehr großen Einkünften. Dies ist keine Befuerung einer Neiddebatte, sondern die Wiedereinführung des Solidaritätsprinzips, nach dem ein Gemeinwesen nur existieren kann, wenn sich wirklich alle auch finanziell daran beteiligen. Dazu dürfte auch die Veränderung eines anderen Steuerprinzips vonnöten sein: Die Umstellung von Unternehmenssteuern auf die Versteuerung im Land der jeweiligen Produktion und damit der Verhinderung von Bilanzierung in Steueroasen.<sup>3</sup>

### Zusatzfragen:

- **Eigene ethische Grundsätze:** An oberster Stelle steht für mich der Mensch und die Bewahrung der Schöpfung, dazu das christliche Liebesgebot, auch die „Goldene Regel“ („was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“ – besser, weil positiver ausgedrückt durch Jesus von Nazareth: „Alles nun, was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“). Dazu gehört auch die Freiheit des Menschen in der entsprechend gebotenen Verantwortung. Alles andere hat sich dem unterzuordnen. Daraus folgt nahezu zwingend eine demokratische Grundordnung, d.h. die Beteiligung möglichst aller Menschen an der politischen Willensbildung und den Entscheidungen zum Wohle der Menschen – d.h. der Gemeinschaft, des Volks, ohne die Rechte des Einzelnen u.d.h. insbesondere von Minderheiten zu beschneiden mit dem Ziel, dass die Stärkeren die Schwächeren stützen. Dementsprechende Gesetzgebung muss immer eine Schutzgesetzgebung für die jeweils Schwächeren sein. Wichtig dabei ist: Gesetze sind nicht einfach legal, sondern müssen ihre Legitimität nach den obigen Grundsätzen nachweisen, d.h. wenn ein Gesetz seine Schutzfunktion verliert, muss man es ändern oder abschaffen dürfen. Letzte Konsequenz darf nicht die Konformität aller, d.h. die unbedingte Gleichbehandlung – koste es, was es wolle – sein, sondern es muss das Wohlergehen und legitime Bedürfnisse des Einzelnen ebenso berücksichtigt werden.
- **„Welche Gründe würden Sie dazu bewegen, nicht gemäß dem Willen des Volkes/der Mehrheit zu handeln?“:** Eigentlich wie oben: Diese obengenannten Prinzipien stehen an erster Stelle, an zweiter Stelle stehen dementsprechende Gesetze. Wenn ein Mandat dagegen verstößt, würde ich es nicht annehmen, ja, darf ich es eigentlich gar nicht. Das würde ich allerdings rechtzeitig ankündigen, so dass darüber möglichst eine Diskussion und eine entsprechend adäquatere Lösung möglich sein müsste.
- **„Wie oder womit garantieren Sie Ihre Unbestechlichkeit?“:** Machen Sie mir einen guten Vorschlag! – Ich bin ein Mensch mit Fehlern und Schwächen, wie jeder andere auch. Von der Seite her würde ich es nicht wagen, für mich eine dauerhafte Garantie abzugeben. Ich werde versprechen, alles dafür zu tun, dass ich eventuellen Versuchungen widerstehen kann. Ich habe dazu auch einige gute Argumente: Ich bin bereits im Ruhestand, bin also versorgt und

---

<sup>3</sup> Zukünftig wäre eine generelle Umstellung weg von personenbezogenen Steuern (Lohn-, Einkommensteuer) – außer bei sehr hohen bzw. Sondereinkommen (z.B. Boni) hin zu unternehmens- und kapitalbezogenen Steuern (Kapitalertragssteuer und einem noch festzulegenden Kriterienmix aus Unternehmens-Gewinn, -Umsatz, Anlagen („Maschinensteuer“), Unternehmensgrößen, v.a. Umweltbelastung oder auch Boni für besonders umweltschonendes Verhalten oder/und Ähnlichem) anzustreben, um den zuweilen verhängnisvollen Zusammenhang – mehr Arbeitsplätze = weniger Gewinn bzw. mehr Kündigungen = mehr Gewinn – v.a. börsennotierter Unternehmensleitungen – zu durchbrechen. Bei der Errichtung dieser Steuern wäre insbesondere auf eine großzügige Ausstattung des Staates durch Steuereinnahmen zur Finanzierung seiner Aufgaben zu achten.

muss nicht noch irgendeine Karriere machen. Meine Motivation, in die Politik einzusteigen, ist nicht zuletzt, an einer lebenswerten Gesellschaft für meine Kinder und Enkel zu arbeiten, würde mich also bei Verletzung dieses Grundsatzes wegen Bestechlichkeit letzten Endes ins eigene Fleisch schneiden. Ich habe eine hohe ethische Motivation. Als Direktkandidat bin ich frei von Konzernspenden. Mittlerweile hat sich, denke ich deutlich gezeigt: Nicht nur Staat und Kirche müssen voneinander getrennt sein, sondern auch Politik und Wirtschaft. Diese Parteispenden von Lobbyverbänden und großen Konzernen beeinflussen politische Entscheidungen, und das darf nicht sein – jedenfalls nicht bei uns. Damit wäre ich also in meinen Entscheidungen nicht von Lobbyverbänden abhängig. Wie gesagt: Das sind alles Argumente – wie eine Garantie aussehen soll, kann ich mir nicht vorstellen, denn alle Versprechen können gebrochen werden und sei's wegen menschlicher Unzulänglichkeit. Ich bin kein Gott, sondern nur Mensch, das ist meine Position und der bin ich mir sehr bewusst.

- **„Welche Erfahrungen haben Sie damit, sich in leeren Diskussionen durchzusetzen und Inhalte zu bringen?“:** Meine Erfahrungen gehen dahin, dass wirklich inhaltsleere Diskussionen am besten beendet werden, weil sie nur Zeitvergeudung sind. Das würde ich dann in einer entsprechenden Position auch tun. Sinnvolle Diskussionen, die sich dagegen in Details verloren, Nebenschauplätze erobern oder auch total vom Thema abgekommen sind, bringe ich – sofern ich hier nicht gerade Teil dieses Problems bin – wieder zurück zum Hauptthema und setze gerne sachliche Inhalte.
- **„welchen aktuellen oder möglichen politischen Vorhaben könnten Sie auf keinen Fall zustimmen und warum?“:** Momentan aktuell ist das Vorhaben von Bundeswirtschaftsminister Gabriel, Investitionsschutzgerichte auch für europäische Unternehmen zuzulassen bzw. einzurichten als Ausgleich für die Benachteiligung europäischer Firmen wegen der zu erwartenden Schiedsgerichte durch TTIP, CETA & Co.: Hier offenbart sich die gesamte Perfidie der Freihandelsabkommen und nun setzt Gabriel noch eins drauf, so dass europäische Unternehmen sich nun auch an der Ausplünderung der eigenen Staaten mitbeteiligen können. Ein absolutes „No-Go“ – falsche Richtung! Ebenso der Weiterzulassung von Glyphosat, da damit die Aushöhlung des Vorsorgeprinzips zementiert wird (ist zwar bereits oft genug geschehen, aber diese Diskussion geschieht in aller Öffentlichkeit, hat also auch noch eine ganz andere Wirkung – katastrophal!). Weitere aktuelle Vorhaben, z.B. die Abschaffung der Brennelementesteuer und der fast unverhohlene Versuch, durch einen – viel zu niedrig angesetzten – Fonds die Energieversorger aus der Haftung für die Folgekosten der Kernkraft heraus zu lassen – möglicherweise, um im Tausch gegen die Forderungen aus den Schiedsgerichtsverfahren mit Schadenersatzklagen der Energiekonzerne eventuell einen Vorteil bzw. eine Entlastung zu bekommen (die werden über einen solchen vorausseilenden Gehorsam wohl nur höhnisch lachen). Ganz allgemein: Weitere Maßnahmen zum Abbau des sozialen Netzes und zur Privatisierung von Betrieben der allgemeinen Daseinsvorsorge (Wasser etc.).
- **„Angenommen, Sie müssen davon ausgehen, dass ein Ihnen sehr wichtiges politisches Vorhaben Ihrem öffentlichen Ansehen schaden wird: Wie verhalten Sie sich und warum?“:** Ein mir sehr wichtiges politisches Vorhaben wird – nehme ich an – im Einklang mit meinen ethischen Prinzipien stehen; von daher gehe ich davon aus, dass ich es trotzdem durchziehen würde und eben versuchen würde, meine Gründe dafür verständlich und nachvollziehbar zu machen. Entschiedene Positionierungen erzeugen immer auch Gegnerschaft; damit muss und will ich rechnen, wenn ich mich für ein solches Amt zur Verfügung stelle. Inwieweit es dann tatsächlich meinem Ansehen schaden wird, muss sich dann in der Folge zeigen.

- **„Nennen Sie Gründe, die Sie bewegen könnten, sich aus der Politik zurückzuziehen!“:**  
Beschädigung meiner Person – v.a. dann, wenn sie schuldhaft von mir verursacht würde – Gleiches gilt bei einer Beschädigungs- oder gar Bedrohungslage meiner Familie gegenüber. Evtlle. gesundheitliche Gründe, wenn ich nicht mehr in der Lage wäre, meine Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen; dann wäre es Zeit, meinen Platz zu räumen für geeignetere Personen. Meine Abwahl bzw. offensichtliche Ablehnung durch meine Mandatsgeber, d.h. wenn ich das Vertrauen meiner Wähler nicht mehr habe: Mein demokratisches Politikverständnis beruht darauf, dass der Souverän – das Volk – jederzeit berechtigt ist, eine gewählte Regierung oder Teile davon auch zu verändern oder abzurufen.
- **„Welchen Interessengruppen fühlen Sie sich verbunden, bzw. wessen Interessen müssten Ihrer Meinung nach politisch deutlich stärker vertreten werden, als bislang?“:**  
Mittelständische Wirtschaft im Unterschied zur Großindustrie, Großkonzernen. Es wird m.E. viel zu wenig beachtet, dass wir in Deutschland mittelständisch organisiert und strukturiert sind und dass es große Unterschiede gibt, was die Interessenlage von Großunternehmen und mittelständischen Unternehmen angeht. Hier werden bislang bestenfalls Lippenbekenntnisse der Politiker abgegeben. Z.B. hat sich der BVMW (Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft) gegen die derzeitige Form und Inhalt von TTIP und CETA ausgesprochen – und das sind im Durchschnitt keine Freihandelsgegner, sondern Wirtschaftseinheiten, die einen freien Handel durchaus begrüßen – die TTIP-Befürworter werden trotzdem nicht müde, gerade der mittelständischen Wirtschaft großen Profit in Aussicht zu stellen, obwohl diese Versprechen längst widerlegt sind. Das Votum des BVMW wird konsequent ignoriert. Bäuerliche Landwirtschaft (abl) und BdM (Bund deutscher Milchviehhalter) – Saatgut.....: Längst ist der Deutsche Bauernverband nicht mehr die einzige – und wenn man die gegenwärtigen Zerfallserscheinungen im Bauernverband so richtig deutet – auch nicht mehr die bedeutendste Vertretung der deutschen Landwirtschaft, zumal auch hier sich das gleiche Bild zeigt, wie z.B. in der deutschen Industrie: Der ursprüngliche Hauptverband bedient nur noch die Interessen weniger ganz großer und deren Lobby, die anderen haben zu schweigen. Naturschutzverbände wie Greenpeace, BN, Bund, Umweltinstitut, WWF etc., aber auch Bürgerrechtsorganisationen wie attac, Avaaz, campact, change.org, foodwatch. Sie werden als Interessengruppen derzeit konsequent ignoriert und falls das nicht genügt, als Spinner, „Protestindustrie“ (Gabriel), unwissenschaftlich, hysterisch etc. verunglimpft, obwohl gerade diese Gruppen oft eine ausgezeichnete wissenschaftliche Expertise auf ihren jeweiligen Gebieten vorzuweisen haben. Wenn schon Lobbyisten überhaupt Zugang zum Bundestag, Bundesrat, Politikern etc. haben, dann müssen diese Gruppen in gleicher Weise einen Zugang bekommen, zumal sie die Interessen von zumindest Teilen des Volkes vertreten und nicht nur die Interessen einzelner Großunternehmen bzw. Branchen.
- **Zur Forderung nach einem Direktkandidaten, ein gläserner Mensch zu sein:** Diese Forderung erkenne ich nur insofern an, als sie mein politisches Handeln für die Bürger angeht, was dagegen meine Privatsphäre anbetrifft, so lehne ich diese Forderung ab. Begründung: Ich bleibe auch als Direktkandidat ein Mensch – ein Mensch mit allen Bedürfnissen, auch mit meinen Fehlern und Schwächen (wie oben beschrieben) und muss mich mit meiner Person und meiner Familie auch gegen unberechtigte Zugriffe schützen dürfen, denn ich habe immer noch die gleichen Rechte wie jeder andere Mensch auch. Ich sehe in dieser Forderung im Gegenteil eine Gefahr, hier wieder Heilige zu produzieren, die an einem übermenschlichen Maßstab gemessen werden, dem kein wirklicher Mensch gerecht werden kann. Hier wird der Grundstein zu einer Doppelmoral gelegt, die dann nicht umhin kommt, menschliche Schwächen zu verbergen und somit zu einem moralischen Versteckspiel

führt. Wohin das dann wiederum führt, da haben wir mit den real existierenden Kirchen und staatlichen Institutionen jahrtausendlang negative Erfahrungen gemacht – nein Danke!. Ich bin kein Heiliger, habe es auch – obwohl Pfarrer – oder gerade deswegen – nicht im Entferntesten vor, es zu werden oder dementsprechenden Forderungen nachzukommen, sondern will auch weiterhin als das und der wahrgenommen werden, der ich nun mal bin: Ein Mensch! – Diese Forderung würde mich in diesem Fall – wenn das allgemein anerkannt würde – dazu bewegen, meine Kandidatur zurückzuziehen. Wenn meine Wähler nicht so viel Vertrauen zu mir haben, dann kann ich auch diese Arbeit nicht leisten – und will das dann auch nicht mehr!

- **Zu den lokal, regional bzw. zeitlich zu erreichenden Zielen:** **Lokal:** Jeweils die kommunalen Aufgaben der allgemeinen und öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nicht in Privathand, sondern in „Bürgerhand“ kommen oder bleiben. Dazu muss eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen, Kreise und Bezirke gesichert werden. Ausschreibungen von öffentlichen Aufträgen sollen wieder mehr lokal und regional erfolgen. Kriterium darf dabei nicht mehr ausschließlich der Preis sein, sondern muss wieder mehr die Qualität und Zuverlässigkeit des ausführenden Unternehmens sein (Schlimmstes Beispiel BER). Der Zwang zur europaweiten Ausschreibung soll reduziert werden auf wenige wirklich große Projekte. Dem muss natürlich auch die Form der Planung und Realisierung unter Beteiligung der Bürger (Bürgerinformation und -entscheid) entsprechen.

**Regional:** Zunächst Bayern: Bildungsreform: Rücknahme von G8 und Rückkehr zu einem reformierten G9 unter Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, bei größerer Durchlässigkeit zwischen den Schularten.

**Deutschlandweit:** s. obige politische Projekte.

**Europaweit:** Stopp sämtlicher Verhandlungen zu den derzeitigen Freihandelsabkommen und Neuüberlegung, wie man zu nachhaltigen und global verträglichen (wirtschaftlich, sozial und umweltpolitisch) Verhandlungsmandaten kommt, die dann im gebotenen Rahmen (möglichst WTO) transparent und fair verhandelt werden können. In diesem Zusammenhang notwendig: Die Demokratisierung der EU, d.h. oberstes Gremium: EU-Parlament mit Gesetzesinitiative und Entscheidungskompetenz, EU-Rat und Kommission sind dem untergeordnet – Rat als mögliches Korrektiv dem Mandat der Länderparlamente verpflichtet (vergleichbar bei uns dem Bundesrat), Kommission als geschäftsführendes Organ des EU-Parlaments, diesem rechenschaftspflichtig. Sämtliche Entscheidungen, die nicht ausschließlich dem Bereich der EU-Ebene zugeordnet sind, müssen von den jeweiligen Länderparlamenten abgestimmt werden; dazu zählen insbesondere auch wirtschaftliche Belange (entgegen der jetzigen Regelung, die zu den gegenwärtigen Möglichkeiten der EU-Kommission, z.B. vorläufiger Inkraftsetzung eines von der Mehrheit der Bürger abgelehnten Freihandelsabkommens – CETA führten).

**Global:**

- Sofortiger Stopp der Kampfhandlungen in Syrien und Irak und Verhandlungen für einen dauerhaften Frieden. Das geht nicht ohne Aufgabe – zumindest eines Teils – der Eigeninteressen der beteiligten Parteien. Oberste Priorität muss das Leben der Menschen sein!
- Schnellstmögliche Umsetzung des Klimaschutzabkommens, d.h. zunächst in klar definierte Handlungsziele für die einzelnen Staaten und sofortige Durchführung der in diesem Rahmen erforderlichen Maßnahmen.
- Des Weiteren die Wiederaufnahme von Verhandlungen auf WTO-Basis unter Einbeziehung u.d.h. endlich Anerkennung der Interessen von Entwicklungs- und

Schwellenländern und Verhandlungen auf Augenhöhe. Die Kapitalkraft oder Wettbewerbsfähigkeit darf nicht mehr das Kriterium sein, sondern das gemeinsame Fortkommen – gerade auch im Hinblick auf gegenwärtige und zukünftige Flüchtlingsströme – d.h. Beseitigung der Fluchtursachen durch wirkliche Entwicklung zu einem tragfähigen und nachhaltigen Ziel der Wohlfahrt aller Völker.

**Zeitlich: im kommenden halben Jahr, d.h. im ersten halben Jahr einer möglichen neuen**

**Regierung:**

- Stopp der Verhandlungen über die Freihandelsabkommen – falls noch nicht geschehen.
  - Sofortige Rücknahme der für die konsequente Durchführung der Energiewende schädlichen Gesetze und Verordnungen.
  - Landwirtschaft: Die oben beschriebenen Maßnahmen können und müssen ebenfalls sofort angegangen werden, können aber nicht innerhalb eines halben Jahres das Problem beseitigen, da es sich hier um strukturelle Probleme handelt.
- **In zwei Jahren:** Bildungspolitik, Rentenreform, große Steuerreform (s. jeweils unter politische Projekte): Diese Projekte müssen binnen der ersten zwei Jahre angegangen werden, können aber – möglicherweise außer der Rückkehr zu G9 – in diesem Zeitraum nicht zu einem Abschluss gebracht werden, da es sich hier um teilweise umfassende strukturelle Maßnahmen handelt, die sehr überlegt angegangen werden müssen und zur Umsetzung mehr Zeit benötigen.

**In fünf Jahren:** Siehe zweijährige Projekte: Diese sollten bis dahin zum Abschluss gekommen sein.

- Lösung der grundlegenden Probleme des Flüchtlingsproblems: Die Beseitigung der Fluchtursachen. Neben den Sofortmaßnahmen für diejenigen Flüchtlinge, die bereits bei uns sind, die bereits zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen einer entsprechenden Lösung zugeführt worden sein müssen, muss innerhalb der nächsten fünf Jahre die Beseitigung der Fluchtursachen angegangen worden sein und sich auf einem guten Weg befinden. Das sind Partnerschaftsverträge mit den entsprechenden Ländern, die den nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau dieser Länder zum Inhalt haben und diese Länder unterstützen, anstatt sie wie bisher (EPA's) auszubeuten und entsprechende stabilisierende Maßnahmen. Wichtig für die Lösung der gesamten Flüchtlingsproblematik ist die Rückführung von Flüchtlingen – möglichst auch hier von uns gut ausgebildet – in ihre Heimatländer, damit sie den (Wieder-)Aufbau in einem stabilisierten Land unterstützen. Zynisch und ein Verhalten als Kriegsgewinnler wäre, die Besten hier zu behalten und „die Problemfälle“ abzuschieben. Sondern ein wirklicher Beitrag wäre, die hier gut ausgebildeten Migranten für den Aufbau dort zurückzusenden – vielleicht sogar als Firmenvertreter und Spezialisten der entsprechenden deutschen Firma, in der sie gearbeitet haben.